

Seite:	17	Ausgabe:	Hauptausgabe
Ressort:	Wirtschaft	Nummer:	236
Seitentitel:	Wirtschaft	Auflage:	261.583 (gedruckt) 237.780 (verkauft) 250.857 (verbreitet)
Serientitel:	Glosse Wirtschaft	Reichweite:	0,763 (in Mio.)

Was die Pflege wert sein sollte

Von Andreas Mihm

Um seine Pflegereform zu rechtfertigen, bedient sich Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) eines rhetorischen Knüppels: Gute Pflege müsse "uns als Solidargemeinschaft etwas wert sein". Wer wollte da "Nein" rufen und sich ins unsolidarische Abseits stellen? Droht ihm doch Gefahr, wahlweise als herzlos gegenüber den Pflegebedürftigen zu gelten oder als kalter Ausbeuter hart arbeitender, aber schlecht bezahlter Pflegekräfte.

Dennoch sollte man der Politik die angebliche Alternativlosigkeit immer neuer Beitragssatzsteigerungen nicht durchgehen lassen. Schon Spahns Vorgänger und Parteifreund Hermann Gröhe hatte versprochen, die Beitragssätze blieben - nach einer saftigen Erhöhung um ein Viertel - bis zum Jahre 2022 stabil. Jetzt kommt Spahn vier Jahre vor dem Termin mit einer weiteren Erhöhung um ein Fünftel, garniert

mit dem Versprechen, diesmal werde es dann bis 2022 langen. Woher nimmt er die Sicherheit für die Prognose? Warum soll man ihm glauben, dass nicht in zwei Jahren die nächste Anhebung ansteht, es ist ja für einen guten Zweck - und die immer neu auch politisch stimulierte Nachfrage schier unbegrenzt.

Enttäuschend ist, dass ordnungspolitische Fragen um die Absicherung des Lebensabends bei Spahn und anderswo gar nicht erst diskutiert werden. Selbst aus der FDP ist der Ruf nach mehr privater Vorsorge kaum noch zu hören. Der Schlachtruf, hinter dem sich Politiker, Kassen und Sozialverbände nun sammeln, heißt "Bundeszuschuss". Statt der Beitragszahler sollen künftig die Steuerzahler angezapft werden. Das ist eine schlechte Idee. Sie führt zur weiteren Auflösung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Sozialversicherung und Staat sind unterschiedliche

Akteure mit je eigenen Aufgaben und Regeln. Zudem drohte eine Pflege nach Kassenlage: gute Konjunktur, gute Pflege, schlechte Konjunktur, schlechte Pflege. Das kann nicht die Antwort sein.

Gleiches gilt für die Forderungen nach dem Ausbau der Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung. Damit wäre der Einzelne völlig aus der Pflicht genommen, sich selbst noch um die Absicherung im Pflegefall zu kümmern. Der Grundsatz, dass die Allgemeinheit dann haftet, wenn der Einzelne dazu nicht mehr in der Lage ist, gerät offenbar völlig aus der Mode.

Das Beste komme noch, hatte Spahn, ein Konkurrent um die Nachfolge Angela Merkels, der Jungen Union am Samstag zugerufen. Dieses Gesetz gehört mit Sicherheit nicht dazu.